

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 95 (2001)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : das "Gurtenmanifest" oder Wo bleibt die
Programmdiskussion der SPS?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das «Gurtenmanifest» oder Wo bleibt die Programmdiskussion der SPS?

Von der ausgebliebenen Grundwerte- und Programmdiskussion der SP Schweiz war in den Neuen Wegen schon oft die Rede. Wer die überfällige Debatte um den demokratischen Sozialismus immer weiter vor sich herschiebt, hinterlässt ein Vakuum, in dem alles verlorengeht, was Alternativen zum Kapitalismus aufzeigen könnte: vom kollektiven Gedächtnis bis zu tragfähigen Zukunftsentwürfen. Auch in den Köpfen der Genossinnen und Genossen setzt sich dann der Kapitalismus als das «Ende der Geschichte» fest, womit sich allerdings mehr ein Ende der Sozialdemokratie ankündigt. Man kann, wie Ragaz sagte, den Sozialismus auch nicht auf bessere Zeiten vertagen: «Wenn man nun aber auf unbestimmte Zeit den Sozialismus aufgibt, meint man, den nachher wieder holen zu können? Kann man den wie geräuchertes Fleisch in einer Vorratskammer aufbewahren? Ich fürchte, da er nur als lebendiges Wesen einen Sinn hat, man werde ihn, wenn man ihn wieder holen will, tot finden» (NW 1937, S. 341).

Warum diese Einleitung? Weil das «Gurtenmanifest für eine neue und fortschrittliche SP-Politik» dafür die Probe aufs Exempel ist. Geschrieben von Leuten, die dem Schröder/Blair-Papier nachzueifern und sich wie dieses vom vermeintlichen Sieg des Kapitalismus blenden las-

sen*, verkündet es dem erstaunten Parteivolk zehn Thesen, die ich hier auf die folgenden vier verkürze: 1. Die alte SP hat einen verhängnisvollen Etatismus betrieben und 2. einen Versorgungsstaat propagiert, der die Menschen entmündigt. 3. Die neue SP privatisiert alle privatisierbaren Bereiche, und sie bejaht 4. die Globalisierung, aber begrenzt die Zuwanderung.

1. Sünden der Vergangenheit?

«Die SP hat in der Vergangenheit zu leichtfertig nach dem Staat gerufen und ihm immer neue Aufgaben übertragen.» Man reibt sich die Augen über diese Machtfülle, die da der alten SP attestiert wird. Und welche «Aufgaben» wurden dem Staat so «leichtfertig» übertragen? Was die Auseinandersetzung mit dem Manifest erschwert, ist hier wie im ganzen Papier die *pauschale Behauptung*, die auf jede Analyse, auf jeden Beleg durch konkrete Beispiele verzichtet. Als sei der Zweck der Übung die Provokation und nicht der Diskurs.

Gemeint ist wohl in erster Linie der *Sozialstaat*. Denn in derselben These 4, in der das obige Zitat zu finden ist, heisst es: «Sparanstrengungen setzt die SP oft vorschnell mit Sozialabbau gleich.» Beispiele werden wiederum keine genannt. Aber es gäbe jede Menge Gegenbeispiele, die zeigen, wie die gängigen «Sparanstrengungen» auf nichts anderes als eine Politik der *Umverteilung von unten nach oben* hinauslaufen. Der Kanton Zürich hat es vorgemacht: Immer neue Steuererleichterungen seit 1983 führten zu massiven Entlastungen der Gutverdienenden – und für den Staat zu Steuerausfällen von (aufsummiert) 25 Mia. Franken. Mit der Abschaffung der Erb-

* Das Manifest wurde verfasst von Henri Huber, Gemeindepräsident in Köniz, Tobias Kästli, Historiker, Wolf Linder, Professor der Politologie, und Simonetta Sommaruga, Nationalrätin und Konsumentenschützerin. Es ist auf dem Internet abrufbar über: www.gurtenmanifest.ch

schaftssteuer für die direkten Nachkommen verliert er zusätzliche Einnahmen von 250 Mio. Franken im Jahr. Und nun soll auch noch der Spitzensteuersatz für natürliche Personen mit Einkommen über 250 000 Franken herabgesetzt werden.

Denunziert werden muss nicht der Kampf der SP gegen Sozialabbau, sondern die neoliberale und neokonservative «Politik der leeren Kassen», die ein kalkuliert eingesetztes Druckmittel gegen den Sozialstaat ist. Der Staat wird finanziell ausgehungert, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, die wachsende *Kluft zwischen Arm und Reich* sozialpolitisch zu mildern. Gewiss kann der Staat diese Kluft, die mit der Globalisierung zu tun hat, nicht von sich aus rückgängig machen. Aber er sollte ihr nicht noch durch seine eigene Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik zusätzlich Vorschub leisten.

Und da fällt diesem «Gurtenmanifest» zu «Sparanstrengungen» nichts anderes ein, als dass die SP diese «oft mit Sozialabbau» gleichsetze. Wirklich? Und warum fällt kein Wort zu den *bürgerlichen Begehrlichkeiten* für immer mehr und grössere Strassen, für ein rücksichtsloses Wachstum des Flughafens Zürich, gar fürs Militär? Wer klotzt denn da in einem Ausmass, dass «Sparanstrengungen» im Sozialbereich geradezu grotesk erscheinen?

2. Vom «Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lähmt»

Ganz im Sinne des *Schröder/Blair-Papiers* schreibt das Manifest in seiner 5. These, ein «dichtes soziales Netz» habe bei allen Vorteilen auch «negative Folgen»: «Menschen, die ihre Autonomie, Mündigkeit oder Selbstverantwortung aufgeben, verlieren mit dem Respekt ihrer Mitmenschen auch ihre Selbstachtung.» Daher gelte: «Die SP will keinen Versorgungsstaat, der die Eigenverantwortung lähmt.» Ich weiss nur nicht, wofür es noch eine SP braucht, wenn sie sich darauf kaprizieren sollte, diese ideo-

logischen Versatzstücke der neoliberalen und neokonservativen Rechten in der Sozialpolitik nachzubeten.

Zunächst einmal: Ist das *soziale Netz* in der Schweiz so dicht, wie das Manifest behauptet? Warum muss die SP dann seit Jahrzehnten für eine Mutterschaftsversicherung oder neuerdings für Kinderrenten kämpfen? Und wie steht es mit den Abbauplänen gegenüber der AHV, von der Erhöhung des Rentenalters bis zu den Sparübungen bei der Witwenrente? Dazu schweigt das Manifest. Es trägt einmal mehr Behauptungen vor, statt Argumente zu liefern.

Die Sozialdemokratie hat stets für das *soziale Grundrecht auf Existenzsicherung* gekämpft, um die armutsbetroffenen Menschen aus Abhängigkeiten von privater Wohltätigkeit und öffentlicher Fürsorge zu befreien. Warum? Weil nur ein garantierter, vor Gericht einklagbarer Rechtsanspruch der Würde dieser Menschen entspricht. Nur wer einen solchen Rechtsanspruch hat, muss sich vor Behörden und Sozialämtern nicht ducken, sondern kann mit ihnen auf gleicher Augenhöhe verkehren. Er oder sie wird auch nicht abhängig von dem, was der alte Pestalozzi das «Ersäufen des Rechts im Mistloch der Gnade» genannt hat.

Gewiss gibt es *Armutsfallen*: Die eine liegt darin, dass die allfälligen Erwerbseinkommen der Fürsorgeabhängigen von der Sozialhilfe abgezogen werden und sich daher für die Betroffenen nicht lohnen. Daran sind aber nicht sie, sondern jene (kantonalen) Sozialhilfegesetze schuld, die den Sozialhilfeberechtigten nicht wenigstens einen Teil ihres Erwerbseinkommens belassen. Die andere Falle liegt darin, dass die Bemessung des sozialen Existenzminimums höher sein kann als die Hungerlöhne in gewissen Sparten der Privatwirtschaft. Dagegen hilft jedoch nicht die entwürdigende Herabsetzung des Existenzminimums, sondern die Festlegung gerechter Mindestlöhne durch das Gesetz. Aber vielleicht tut dem Gurtenmanifest schon zu viel

Ehre an, wer diese Probleme anspricht. Denn die Verfasserin und die Verfasser futieren sich um die Begründung oder gar die Folgen dessen, was sie sagen.

3. Für die Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche?

In These 10 formuliert das Manifest, was im Klartext auf die *neoliberale Losung* einer Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche hinausläuft: «Die Frage, welche Aufgaben durch den Staat und welche von Privaten zu erbringen sind, geht die SP pragmatisch an. Überall dort, wo Wettbewerb möglich und sinnvoll ist, setzt sich die SP dafür ein, verlangt aber klare und strenge Wettbewerbsregeln.»

Kann *Wettbewerb* das einzige Kriterium sein, nach welchem privatisiert werden soll? Oder spielt vielleicht auch die Gerechtigkeit gegenüber dem Personal eine Rolle, damit sich die Privatisierung nicht nur wegen schlechteren Arbeitsbedingungen rentiert? Was heisst überhaupt Privatisierung? Muss es eine profitorientierte AG, könnte es nicht auch eine Genossenschaft sein? Und wie verhält es sich, wenn ein Betrieb in öffentlicher Hand «sozialer» arbeitet, weil er keinen Gewinn abwerfen muss?

Wie steht es z.B. mit den *Kantonalbanken*. Wer ihre Privatisierung fordert, argumentiert wie das «Gurtenmanifest» mit dem «möglichen und sinnvollen» Wettbewerb. Ausgelöst durch die unsäglichen Boni, die sich die bürgerlichen Mitglieder des Bankpräsidiums und des übrigen Bankrates zuschanzten, erhielten auch im Kanton Zürich die alten Privatisierungsgelüste wieder Auftrieb. Warum wohl? Ist das Bonussystem in der Privatwirtschaft etwa besser, moralischer? Seien wir froh, dass es gemeinwirtschaftliche Institutionen gibt, die der öffentlichen Moral und Ethik unterliegen. Diese Institutionen sollen mit ihrem sozialen Leistungsauftrag auf die Privatwirtschaft ausstrahlen und nicht umgekehrt.

Es gab einmal eine *christliche Soziallehre*, die das Problem auch nach dem

Kriterium der *ökonomischen Macht* thematisierte. «Mit vollem Recht kann man ja dafür eintreten, bestimmte Arten von Gütern der öffentlichen Hand vorzubehalten, weil die mit ihnen verknüpfte übergrosse Macht ohne Gefährdung des öffentlichen Wohls Privathänden nicht überantwortet bleiben kann.» Wie aktuell dieser «Sozialisierungsbescheid» der Enzyklika «*Quadragesimo anno*» von 1931 noch immer ist, zeigt heute die Privatisierung der Elektrizitätsversorgung. Noch heisst das Kind erst «Strommarkt-Liberalisierung». Aber die Konsequenzen sind absehbar: Der Strompreis wird nicht mehr durch den Staat bestimmt, sondern durch ein paar Grosskonzerne, die sich weniger der Macht des Marktes beugen als vielmehr selber Marktmacht ausüben werden. Einer von ihnen hört auf den Namen Axpo und strebt heute schon die Vormacht über den schweizerischen Strommarkt an. Zwar sind es Kantone, die ihre Werke in die Axpo überführen und dabei mindestens 51 Prozent der Aktien halten müssen. Aber nach zehn Jahren kann die Axpo in einen noch grösseren, auch einen ausländischen Konzern übergehen. So entsteht neue Macht, die mehr auf Profit als auf Versorgungssicherheit bedacht sein wird. Wie in Schweden, wo nach der Privatisierung ein Drittel des Personals abgebaut wurde und 70 000 Haushalte während Wochen ohne Strom blieben. Oder wie in Kalifornien, wo die Stromproduzenten das Angebot verknappt und dann den Strompreis fast verzehnfacht haben.

Gemeineigentum, das demokratisch verfasst ist und allen Beteiligten eine faire Partizipationschance einräumt, den Beschäftigten, die mit ihm arbeiten, wie dem Volk, dem es gehört, wird auch diese neoliberalen Modetorheiten überdauern. Gefragt ist nicht die Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche, sondern nach wie vor die *Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche*. Doch Mitbestimmung ist kein Thema für das «Gur-

tenmanifest», scheint dieses doch nicht einmal mehr den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu kennen.

4. Widersprüchliches über Globalisierung und Zuwanderung

Globalisierung dürfe nicht länger ein «Schimpfwort» sein, schimpfen die Manifestler. Schliesslich gehörten «wir alle zu den Profiteuren»... Und im übrigen gelte es, «Entwicklungsmöglichkeiten für die Dritte Welt» zu eröffnen. Wie das geschehen soll, ist dem Manifest keine müde Zeile wert.

Dagegen nimmt sich das Wirtschaftskonzept der SPS von 1994 geradezu fortschrittlich aus. Auch wenn es den Sozialismus für zwölf Jahre suspendieren wollte, hat es die Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen noch als «Klassenkampf von oben» entlarvt. Gegenüber einem totalen Markt, der «sozial, ökologisch und geographisch blind und zerstörerisch sei», gelte es, die Partizipationsrechte der Menschen zu stärken. Darum steht in diesem Konzept auch der sozialistische Satz: «Die Logik des Kapitals muss sich national und international den demokratisch formulierten Bedürfnissen der Menschen unterordnen.»

Wäre das Manifest wenigstens konsequent, dann würde es in seinem Marktliberalismus die freie Zirkulation von Gütern und Dienstleistungen auch auf *Personen* ausdehnen. Statt dessen lesen wir in These 6, der «AusländerInnenanteil von heute 20 Prozent» habe «Überfremdungsängste wachgerufen und gebietsweise die Integrationsfähigkeit strapaziert». Daher müsse die Zuwanderung «von ausserhalb des EU-Raums begrenzt werden».

Mit dieser These sprengt das Manifest vollends den Rahmen des Erträglichen. Eine sozialdemokratische Politik dürfte nicht Wasser auf die Mühlen fremdenfeindlicher Parteien leiten. Sie müsste aufzeigen, wie sich die erwähnten 20 Prozent durch eine konsequente Einbürgerungspolitik wenigstens halbieren lies-

sen. Und vor allem müsste sie, wenn schon die einfache Menschlichkeit kein linkes Argument mehr sein sollte, auf der ökonomischen Notwendigkeit einer *vermehrten Zuwanderung*, auch aus Ländern ausserhalb der EU, insistieren. Anders lässt sich der *demographische Alterungsprozess* der Bevölkerung nicht bremsen, mit Folgen für die Wirtschaft wie für die AHV.

Es ist nicht Aufgabe der SP, irrationalen Ängsten Nahrung zu geben. Das war der Partei bewusst, als sie das Referendum gegen die *Zwangsmassnahmen* im Ausländerrecht unterstützte. Schon damals gab es jedoch Gegenstimmen, die meinten, solche Massnahmen seien nötig, um die nationalistische und fremdenfeindliche Rechte zu beschwichtigen. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Rechte verhält sich wie der Junkie an der Nadel und verlangt nach immer mehr Ausgrenzung und Repression. Sie kann sich keine bessere Bestätigung wünschen als eine SP im Sinne dieses «Gurtenmanifests».

*

Das Manifest stösst in ein Vakuum fehlender (oder zu Leerformeln verkommenen) Grundwerte und Analysen. Sind wir soweit, dass die SP nicht mehr mit dem Kapitalismus, sondern mit sich selbst, mit der Tradition eines demokratischen Sozialismus brechen will? Es wird höchste Zeit für die Programmdebatte. Nicht nur um der Öffentlichkeit zu sagen, was gilt. Die Partei braucht auch ein verbindliches Grundsatzprogramm für die *Integration nach innen*. Was hält die unterschiedlichen Interessen in der SP zusammen, die Interessen von Frauen und Männern, von Staatsangestellten und Fürsorgeabhängigen, von Gewerkschafterinnen und Selbständigerwerbenden, von Jungen und Alten, wenn nicht die gemeinsame Vision einer solidarischen Welt der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung? Doch solche Werte fehlen in der «Wertegemeinschaft», auf die sich das Manifest auch noch beruft.

•